

GR. Peter MAYR

16.06.2005

A N F R A G E

Betr.: Neue Garage der FH-Joanneum seit einem dreiviertel Jahr ungenutzt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In einem Zeitungsbericht vom 1.März dieses Jahres wurde die bisherige Nicht-Nutzung der Garage am Campus der FH Joanneum thematisiert. Die 96 Abstellplätze sind seit Herbst 2004 fertiggestellt und für die Anmietung durch die FH für ihre MitarbeiterInnen vorgesehen. "Der Wermutstropfen:", so heißt es im Zeitungsbericht, "ein Rollgitter hält die Stellplätze abgesperrt, weil die Stadt bisher nicht geklärt hat, wer die Garage betreibt oder anmietet. Und so entgehen dem Rathaus seit Monaten die Parkplatzmieten."

Obwohl mittlerweile auch die Mietkonditionen mit der FH ausverhandelt seien, wurde die Garage von Seiten des Liegenschaftsreferates der Stadt noch immer nicht zur Nutzung freigegeben. Mittlerweile dürften die entgangenen Einnahmen für die Stadt Graz bereits im sechsstelligen Eurobereich liegen.

Ich stelle daher im Namen der ÖVP-GR-Fraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, dafür Sorge zu tragen, dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz im Bereich des Liegenschaftsreferenten ihr bisheriges Versäumnis nicht prolongieren und die neue Garage der FH Joanneum umgehend der vorgesehenen Nutzung zuführen, damit mögliche Einnahmen für die Stadt Graz endlich realisiert werden?



Betr.: Zukunft des Sturmplatzes
Zwischenbericht

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Klaus Zenz
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 16. Juni 2005

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Nachdem die weitere Verwendung der sogenannten Gruabn seit Wochen in der Öffentlichkeit diskutiert wird, darf ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister

die Anfrage

stellen, ob Sie bereit sind, den Gemeinderat über den Stand der Erhebungen der damit befassten Magistratsabteilungen betreffend den Sturmplatz in einem Zwischenbericht zu informieren

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 16. Juni 2005

Gemeinderätin: Gertrude Schloffer

Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: **Personal für Flüchtlingsbetreuung im Hause Griesplatz 6**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Durch eine Subvention des Bezirksrates Gries ist es möglich geworden, heuer eine zusätzliche Betreuungsperson im Heim für Asylsuchende Griesplatz 6 zu finanzieren.

Das hat im Sinne der Integrationsbestrebungen eine positive Wirkung gehabt. Probleme im Zusammenleben von Asylsuchenden und Einheimischen konnten dadurch oft einer Lösung zugeführt werden.

Deshalb hat man vor einigen Wochen bei einem Gespräch am Runden Tisch mit Caritas Präsident Franz Küberl, Bezirkspolitikern, der Heimleitung, Wirtschaftstreibenden am Griesplatz und Anwohnern sehr zur Freude aller Beteiligten eine positive Bilanz gezogen.

Der Vertrag für diese Betreuungsperson endet jedoch im November dieses Jahres. In seiner jüngsten Sitzung war sich der Bezirksrat Gries einig, dass es wichtig und sinnvoll ist, wenn diese zweite Betreuungsperson weiterhin Dienst im Asylheim verrichten kann, dem Bezirksrat fehlen jedoch die finanziellen Mittel. Der Bezirksrat ist jedoch einstimmig der Meinung, dass der Bürgermeister der Stadt Graz als zuständiger politischer Referent die finanzielle Vorsorge dafür treffen sollte, diese wichtige Integrationsmaßnahme im Bezirk Gries fortzuführen.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, eine zweite Betreuungsperson für das Flüchtlingsheim am Griesplatz 6 ab November 2005 für ein weiteres Jahr zu finanzieren?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 16. Juni 2005

Gemeinderat: Johann Slamanig

Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: Sperre Parkhaus Thondorf

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Hunderte Beschäftigte der Frühschicht im Magna Steyr Werk Graz-Thondorf, die ihre Pkws normalerweise im Parkhaus der stadteigenen GBG parken, standen heute morgen vor verschlossenen Türen.

Der Grund dafür: Das Parkhaus ist von Donnerstag bis Sonntag wegen Reinigungs- und Erhaltungsarbeiten gesperrt. Der Betriebsratsvorsitzende war erst am Vortag um 13 Uhr von dieser Maßnahme informiert worden.

Dieses Parkplatzproblem hätte bei etwas besserem Organisationsgeschick vermieden werden können: Auch heuer gibt es Ende Juli –Anfang August einen dreiwöchigen Betriebsurlaub bei Magna Steyr. Während dieser Zeit steht das Parkhaus fast leer.

Ich schließe mich vollinhaltlich der Meinung des Arbeiterbetriebsrates im Magna Steyr-Werk Thondorf, Peter Scherz, an: 'Der Stadt Graz und ihren Gesellschaften darf nicht nur der Konzern von Frank Stronach viel wert sein, auch die Arbeiter in diesem Großbetrieb würden mehr Aufmerksamkeit und Beachtung verdienen.'

Es ist zu hoffen, dass man in Zukunft in solchen Fragen koordinierter vorgeht.

Ich richte daher Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, in Gesprächen mit der GBG dafür Sorge zu tragen, dass Reinigungs- und Sanierungsmaßnahmen im Parkhaus Thondorf künftig wenn möglich während der Betriebsferien von Magna Steyr durchgeführt werden?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 16. Juni 2005

Gemeinderätin: Klubobfrau Elke Kahr

Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: Veranstaltungsrichtlinien

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Gemeinderat hat am 3. Oktober 2002 einstimmig im Gemeinderat die „Richtlinien für die Erteilung der Zustimmung zur Durchführung von Veranstaltungen auf öffentlichen Flächen“ (Veranstaltungsrichtlinien) beschlossen. Gleichzeitig wurde auch beschlossen, dass dem Gemeinderat ein Evaluierungsbericht vorzulegen ist.

Seit Anfang diesen Jahres hat es mehrere Sitzungen zur Evaluierung der Veranstaltungsrichtlinien gegeben. In der letzten Sitzung vom 7. April d. J., gab es von allen Anwesenden Einigkeit darüber, die überarbeiteten Richtlinien dem Gemeinderat als Bericht zur Beschlussfassung vorzulegen. Das Präsidialamt schickte auch den fertigen Bericht an alle Klubs aus, aber außer den Grünen und der KPÖ gab es keine Stellungnahmen mehr dazu. Seither ist Funkstille.

Dieser Umstand ist für uns besorgniserregend, da wir das Ansteigen von lauten Veranstaltungen im öffentlichen Raum von Jahr zu Jahr erleben und uns dies durch mehrmalige Initiativen im Gemeinderat auch bestätigt wurde. Gleichzeitig schwindelt man sich aber immer wieder um ein weiteres Jahr hinüber.

Die Veranstaltungsrichtlinien haben nur dann einen Sinn, wenn sie auch eingehalten werden. Vor allem die Tatsache, dass es bei Überschreiten von den in den Richtlinien festgesetzten Lärmgrenzwerten, zu keiner Konventionalstrafe kommt, ist vollkommen unbegreiflich.

Genannt werden Gründe der Gleichbehandlung. Weil man mangels personeller Ressourcen nicht jeden Veranstalter kontrollieren kann, und daher jene, die man erwischt, nicht strafen will. Folgt man dieser Logik, so könnte man künftighin keinen Autofahrer, der in eine Radarfalle tappt, bestrafen, weil man immer sagen kann, woanders gab es auch Schnellfahrer die man nicht kontrolliert hat.

Veranstaltungslärm hat für die Gesundheit der betroffenen Wohnbevölkerung negative Auswirkungen und hat auch zur Stadtflucht beigetragen. Unzählige Gutachten und Studien belegen das.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die vom Gemeinderat beschlossenen Veranstaltungsrichtlinien in jedem Punkt auch eingehalten werden, insbesondere auch jenen Punkt, der eine Verhängung einer Konventionalstrafe bei Überschreiten der festgelegten Lärmgrenzwerte vorsieht?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 16. Juni 2005

Gemeinderat: Mag. Andreas Fabisch

Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: Kletterhalle –Privates Bauvorhaben

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Seit einiger Zeit ist in Graz davon die Rede, dass ein privater Investor im Großraum unserer Stadt eine Kletterhalle errichten will. Eine Gratiszeitung hat dies am 9. Juni 2005 sogar als eine Information durch Finanzstadtrat Riedler im Rahmen einer Pressekonferenz gemeldet.

Dieses Vorhaben wäre für die Stadt Graz sehr positiv, da der im zuständigen Ausschuss diskutierte Plan einer WIKI-Kletterhalle, an deren Errichtung sich die Stadt Graz finanziell beteiligen sollte, in Zeiten der „Aufgabenkritik“ kein leichtes Unternehmen darstellt.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Verfügen Sie über Informationen über den Plan eines privaten Investors, im Raum Graz eine Kletterhalle zu errichten und wenn ja, sind Sie bereit, diese den Mitgliedern des Gemeinderates mitzuteilen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 16. Juni 2005

Gemeinderätin: Kirsten Felbinger

Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: Fehlende Beleuchtung bei den GVB-Fahrplanaushängen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Es ist auffallend, dass bei den GVB-Haltestellen die Werbeflächen auf den Wartehäusern sehr gut beleuchtet sind, die Fahrplanaushänge in den Wartehäusern hingegen nicht beleuchtet sind.

Im Sinne der Kundenfreundlichkeit sollte dieser Umstand geändert werden.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Sind sie bereit sich an die zuständigen Stellen bei den Grazer Verkehrsbetrieben zu wenden, um die Installierung der fehlenden Beleuchtung bei den Fahrplanaushängen bei den Wartehäusern herbeizuführen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 16. Juni 2005

Gemeinderätin: Ingeborg Bergmann

Anfrage an den Bürgermeister

Betreff: Errichtung eines Gehsteiges in der Strassgangerstrasse zwischen den GVB Haltestellen „Jakob Gschiel Gasse“ und „Kienzl Weg“, sowie die Errichtung eines Fußgängerüberganges in der Schererstraße im Kreuzungsbereich Strassgangerstrasse

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Strassgangerstraße ist eine wichtige und sehr frequentierte Haupteinzugsstraße im Westen von Graz. Das Problem des verstärkten Verkehrsaufkommen wird nicht so einfach zu lösen sein und sicherlich noch zunehmen, trotzdem sind in den vergangenen Jahren zunehmend Wohnsiedlungen unmittelbar neben dieser Straße entstanden und werden auch in den nächsten Jahren noch entstehen.

Was wir jedoch tun können, ist die Sicherheit im Verkehrsgeschehen für die Menschen so gut als möglich zu gewährleisten. Dazu gehören für mich gesicherte Geh- und Radwege sowie Fußgängerübergänge. Leider gibt es in diesem Bereich noch gravierende Mängel die raschest behoben werden müssen.

Nachdem ich von vielen Bewohnern im Eingang erwähnten Gebiet, angesprochen wurde habe ich mich am Dienstag selbst davon überzeugen können, dass die Situation dort unhaltbar ist. Eltern mit Kinderwagen und Kleinkind an der Hand, alte Menschen mit voller Einkaufstasche sowie Gruppen von Kindern müssen am Radweg entlang der stark befahrenen Straße von den Bus Haltestellen gehen, viele von diesen Menschen laufen zwischen den Autos auf die andere Straßenseite da es an gesicherten Fußgängerübergängen mangelt.

Bei der Schererstraße ist ein Kindergarten, Arztpraxen, eine KFZ Anmeldestelle, ein Einkaufsmarkt, ein Cafehaus, welches von einer Behinderteninitiative geführt wird. Aus diesem Grund wird dieses Cafe auch gerne von Rollstuhlfahrer besucht. Diese sind ebenfalls gezwungen zwischen fahrenden Autos sich zu bewegen, da es keinen Zebrastreifen und Gehsteig gibt um dieses Zentrum zu erreichen.

Der geplante Bezirkspark, der nach Auskunft von Herrn Stadtrat Rüschi und dem Leiter des Stadtgartenamtes noch Ende dieses Jahres seiner Bestimmung übergeben werden sollte, wird ebenfalls einen Zugang in diesem Abschnitt erhalten und somit werden noch mehr Menschen davon betroffen sein. Es liegt daher nahe, dass im Zuge der Errichtung der Parkanlage auch der Gehweg errichtet wird.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs richte ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister

Anfrage:

Sind sie bereit, sich bei den dafür zuständigen Stellen einzusetzen, dass der Gehweg zwischen den Bushaltestellen „Jakob Gschiel Gasse“ und „Kienzl Weg“, sowie ein Zebrasteifen bei der Schererstraße im Kreuzungsbereich Strassgangerstrasse noch im Zuge der Errichtung der Parkanlage errichtet wird?

Klubobfrau, Gemeinderätin
Mag. Maxie Uray-Frick

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Montag, 13. Juni 2005

Betreff: Überprüfung der Sperrstunden; mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Vor etwa einem Jahr hat sich eine überparteiliche Interessensgemeinschaft lärmgeplagter Anrainer der Grazer Stadtbezirke St. Leonhard und Geidorf erstmals an die Stadt Graz und das Land Steiermark gewandt und um Abstellung von Missständen gebeten. Gemeinderätin Andrea Sickl hat bereits mehrmals auch hier im Gemeinderat auf die untragbare Situation hingewiesen. Uns allen sind die Probleme wie Lärm, aber auch Sachbeschädigungen, Verschmutzungen, Alkoholexzesse und Drogenkonsum, sowie die Verkehrsbelastung bekannt.

Im letzten Jahr wurde einiges unternommen, neben Bürgerbesprechungen und Informationsveranstaltungen hat man auch im Wege eines Mediationsverfahrens versucht, den Anrainern hilfreich unter die Arme zu greifen. Verstärkte Polizeipräsenz und Kontrolltätigkeiten der Stadt Graz wurden von den Anrainern als kleiner Hoffnungsschimmer gesehen. Leider voreilig, wie sich nun zeigt, denn all das Bemühen hat keine Besserung gebracht. Die IG ist daher im Mai erneut in einem offenen Brief u.a. an die Stadt Graz herangetreten und hat eine Reihe von Vorschlägen gebracht.

Ich glaube, dass es höchst an der Zeit ist, dass die Stadt Graz, aber auch das Land Steiermark sich nun konkret dieser Zustände widmen. Im Bereich der Sperrstundenregelungen könnte meines Erachtens nach eingegriffen werden. So ist nicht nur in erster Linie über eine generelle Vorverlegung der Sperrstunde, sondern vor allem auch über den Vorschlag der IG, sogenannte 'sensible Zonen' zu schaffen, nachzudenken. Es erscheint auch denkbar, dass die Sperrzeitenverordnung des Landes Steiermark hinterfragt und gegebenenfalls einer Neuordnung zugeführt wird. Unabhängig von solchen Überlegungen sollte es jedoch zu einer noch konsequenteren Überprüfung der Einhaltung der bestehenden Zeiten kommen.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, einerseits dafür Sorge zu tragen, dass die bestehenden Zeiten eingehalten werden und andererseits mit dem Land Steiermark das Gespräch zu suchen, um die bestehenden Richtlinien überprüfen und gegebenenfalls überarbeiten zu lassen?



Betr.: Finanzierung der künftigen
Straßenbahn-Infrastrukturausbauten

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Gemeinderat DI Dr. Günter GETZINGER
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 16. Juni 2005

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Als ehemaliger Finanzreferent der Stadt Graz und natürlich auch als Bürgermeister war und ist es Teil verantwortungsvoller Amtsführung Möglichkeiten der Finanzierung dringend erforderlicher Infrastrukturinvestitionen im Bereich schienengebundener öffentlicher Verkehr vorzuschlagen, zu erörtern und nicht nur abzulehnen – so geschehen bei der City-Maut und bei der Nahverkehrsabgabe. Hinsichtlich der Nahverkehrsabgabe haben Sie für sich und Ihre Fraktion festgestellt, dass Sie sich unter gewissen Umständen eine derartige Abgabe durchaus vorstellen können. Der Klubobmann der ÖVP im Steiermärkischen Landtag, der als gesetzgebende Körperschaft für die Ermächtigung der Stadt Graz zur Einhebung dieser Abgabe zuständig ist, lehnt diese Nahverkehrsabgabe allerdings rundweg ab.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister

die Anfrage,

welche Vorschläge hinsichtlich der Finanzierung der künftigen Straßenbahn-Infrastrukturausbauten haben Sie?



Betr.: Wetzelsdorfer Straße
Errichtung eines Erdwalls

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Herrn Gemeinderat Wilhelm Kolar
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 16. Juni 2005

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bereits vor geraumer Zeit wurde vom Bezirksrat Eggenberg in einem einstimmigen Beschluss die Errichtung eines Gehweges für die Wetzelsdorferstraße, eine Landesstraße, eingefordert. Was aber ist geschehen? Zwischen Strassgangerstraße und Gaswerkstraße ist mittlerweile ein Wohnbau mit 72 Wohneinheiten errichtet worden. Und man höre und staune: Das Aushubmaterial wurde – gleichsam als Lärmschutzmaßnahme – zwischen Straße und Wohnbauten aufgeschüttet, nunmehr ist somit ein gut drei Meter hoher und ebenso breiter Erdwall entstanden, obwohl als eigentlicher Lärmschutz für diese Siedlung eine Lärmschutzwand genehmigt gewesen wäre.

Die Folge dieser monströsen Aufschüttung: Der Platz für den geforderten Gehweg ist nicht mehr vorhanden. Aber nicht nur das: Mittlerweile sehen sich die FußgängerInnen in diesem Abschnitt, weil die Straße schmal, aber gleichzeitig viel befahren ist, sogar genötigt, den Erdwall raufzuklettern und eine Bergwanderung zu absolvieren, wenn sie diesen Abschnitt passieren wollen. Kein Wunder, dass die Sinnhaftigkeit dieser Art des Lärmschutzes von Vielen angezweifelt wird, wobei auch nicht zu erfahren ist, ob diese Maßnahme mit der Stadt abgesprochen bzw genehmigt ist und womöglich gar als eine Dauerlösung vorgesehen ist und auch in weiterer Zukunft den FußgeherInnen statt des Gehsteiges bloß ein Hügelwanderpfad zur Verfügung steht.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz

die Anfrage,

ob Sie bereit sind, klären zu lassen, inwieweit diese Aufschüttung in Abstimmung mit der Stadt Graz erfolgte, ob dieser Erdwall als Ersatz für die an sich genehmigte Lärmschutzwand ?



Betr.: Petrifelderstraße/
Verkehrssicherheit

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Christa Warmuth
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 16. Juni 2005

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bereits seit Jahren ist die Verkehrssicherheit auf der Petrifelder Straße im Bereich des städtischen Kindergartens ein Thema, das Eltern, AnrainerInnen wie auch die Bezirksvorstehung beschäftigt. So kommt es nicht von ungefähr, dass bereits im März 2003 der Bezirksrat St. Peter einen Antrag auf eine 30 Stundenkilometer-Beschränkung in diesem Abschnitt beschloss.

Geschehen ist bis heute wenig bis nichts – und erst vor wenigen Tagen wieder wurde ein Kindergartenkind bei einem Verkehrsunfall auf dem Zebrastreifen verletzt.

So gesehen ist es kein Wunder, dass die Eltern jetzt mobil machen und in Unterschriftenaktionen Maßnahmen einfordern, dass sie nicht länger zusehen wollen und dass sie nicht akzeptieren können, dass trotz des Wissens um das Gefahrenpotenzial nichts geschieht. Denn, wie gesagt: Neu ist diese Problematik nicht; sofern man Bezirksratsanträge ernst nehmen würde, hätte hier schon lange Vorsorge getroffen werden können. Dass Herr Stadtrat Rüschi jetzt ankündigt, den Fall sofort genauer anzusehen und nach Lösungen zu suchen, kommt so gesehen mindestens zwei Jahre zu spät.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz

die Anfrage,

ob Sie bereit sind, auf Grund der besonderen Problematik und des Gefahrenpotenzials auf die zuständigen Abteilungen einzuwirken, dass nun wirklich rasch Abhilfe in Form einer Druckknopfampel sowie einer 30 Kmh-Geschwindigkeitsbegrenzung geschaffen wird, wobei unter Umständen – wie gestern von der SPÖ in einem Bezirksratsantrag bereits eingefordert – als Übergangslösung SchülerInnenlotsen eingesetzt werden.